

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 5.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 15.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Abgelagert finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weitest Verbreitung und werden die 6-gelagerten Nonpareil-Zeile oder deren Raum mit Mk. 1.50, die Restzeile mit Mk. 3.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gründet 1878. Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Gründet 1878

Nr. 22

Nastätten, Dienstag, den 21. Februar 1922

45. Jahrgang

Umschau.

Nicht weniger nötig als ein ungebrochenes Arbeiten des Eisenbahnverkehrs ist eine gleichmäßige Tätigkeit der Regierungsmaschine. Es war eine Nothilfe, daß der Solowotwoführerstreik so bald wie möglich zu Ende kam, um ein Stoden für die gewerbliche Tätigkeit und ein Darben und Frieren für die Bevölkerung zu verhindern, aber der Reichsregierung blieben noch dringenderer Aufgaben für das politische und praktische Leben, die sich nicht vertagen ließen. Brot, Carl sein, Kohlen! Das sind die Punkte, die dem Volke befürsorgen am meisten liegen, die heutigen Preise bezw. die bestehende Knappheit können uns nicht in den Frühling begleiten. Die Mehrheit des Reichstages hat es nach langer Debatte über den Streik in Gegenwart und Zukunft für angemessen gehalten, dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum zu geben. Diejenigen Parteien, deren Ueberzeugung eine andere war, werden aus der inneren Entwicklung erselien können, welches Beispiel das richtige war. In der Hauptsache sind wir ja alle einig, daß niemand das Recht hat, etwas zu tun, was das Deutsche Reich benachteiligen könnte.

Steuern und Reparationsleistungen, Moratorium und Staatsbilanzierung sind die nächsten Aufgaben für die Reichsregierung. Die praktische Verwirklichung des Steuerkompromisses entwickelt sich bei uns ebenso langsam, wie bei der Entente wegen der Neuregelung unserer Zahlungen und über die endgültige Festsetzung des Zahlungsaufschubs. Erst, wenn wir diese Zahlen kennen, können wir genau festlegen, ob und wie sich die Einnahmen und Ausgaben im deutschen Reichshaushalt tatsächlich ausgleichen lassen, und wie sich die Einschränkung des Papiergeldumlaufes, den die Entente bekanntlich gefordert hat, vollziehen läßt.

Die deutschen Landwirte haben in dieser Woche an ihren großen Jahresversammlungen in Berlin das Ernährungsproblem eingehend erörtert. Man muß ihnen darin zustimmen, daß die große Schwierigkeit der Teuerung aus einer langen Reihe von kleineren Ursachen entstanden ist. Die Notwendigkeit, viel Geld einzunehmen, ist schließlich aus den unabsehbaren und aufgewälzten Lasten entstanden. Wenn die Landwirte die freie Wirtschaft fordern, so muß diese allerdings auch von der Freigabe aller anderen noch bestehenden Fesseln begleitet werden. Bleiben diese, so werden die Spekulanten darin stets die Stellen sehen, an welchen sie mit ihren Manipulationen einwachen können.

Bei der Eröffnung des englischen Parlaments in London war unverhüllt der unünftige Einfluß der europäischen Wirtschaftslage auf den britischen Arbeitsmarkt festgestellt worden, und Lloyd George hat seitdem alles aufgebietet, um seinem Kollegen Poincaré in Paris zuzureden, auf die Konferenz von Genua einzugehen. In Paris stellte man dafür derartige Vorbedingungen, daß die Behandlung der deutschen Angelegenheiten in Genua wenig Erfolg versprochen hätte, und damit wäre das Bestehen der Konferenzzweckes ebenfalls hinfällig gewesen. Denn Rußlands bedingungsloses Erscheinen garantierte noch nichts. Ob es Lloyd George mit Hilfe von Amerika doch nicht gelingen wird, die Poincaré Regierung umzustimmen? Man behauptet, unter Vertagung der Konferenztermins würde schließlich eine Einigung erfolgen. Vielleicht wird der beste, überredende Helfer der Frühling sein.

Im Petersdom zu Rom hat die feierliche Krönung des neuen Papstes Pius stattgefunden, und zwar insofern der Erkrankung, daß dazu nach dem Zeremoniell berufenen Kardinals durch das nächste rangälteste Mitglied des heiligen Kollegiums, den französischen Kardinal Villot. Wichtig für die Beziehungen zu Italien ist, daß Papst Pius im vollen Ordnungsbornat von der äußeren Loggia des Petersdomes dem auf dem weiten Plage versammelten Volke seinen Segen erteilte, was seit 1870 nicht mehr geschehen ist. Die äußeren Beziehungen zwischen dem Vatikan und Staat dürfen jetzt von der bisherigen Starrheit verlieren, zum Vorteil für die ewige Stadt Rom, die durch die Zurückhaltung der Päpste in den letzten fünfzig Jahren sehr viel von ihrer früheren Anziehungskraft eingebüßt hatte.

Das Vertrauensvotum für Wirth.

Wie die Mehrheit für das Vertrauensvotum im Reichstage war einmal dadurch zustande gekommen, daß die Regierungsparteien alle ihre Abgeordneten bis auf den letzten Mann herangeholt hatten, zum andern aber auch dadurch, daß von den Unabhängigen die Hälfte nicht an der Abstimmung teilnahm. So hat von den Sozialdemokraten nur ein Abgeordneter gefehlt. Vom Zentrum beteiligten sich vier Abgeordnete nicht an der Abstimmung, darunter Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der frühere Reichsminister Dr. Bell und der in Wien weilende General Dr. Pfeiffer, während der Reichskanzler und Minister Sieberts mitstimmten. Bei den Demokraten fehlten nur zwei Herren, der württembergische Staatspräsident Dr. v. Sieber und der gegenwärtig in Genf weilende Reichsminister a. D. Dr. Schiffer. Insgesamt stimmten für den Vertrauensantrag 107 Sozialdemokraten, 38 Demokraten, 65 Zentrumsabgeordnete, 4 Welfen, 4 Bayerische Bauernbündler und außerdem noch Schirmer und Pönischab von der Bayerischen Volkspartei. Die übrigen Mitglieder der Bayerischen Volkspartei — 16 an der Zahl —, die Abg. Schwarzer und Dr. Mayer, der Pariser Botschafter, fehlten — hatten sich der Stimme enthalten.

Mit „Rein“ haben gestimmt 67 Deutsche nationale, 60 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, 35 Unabhängige und 23 Kommunisten. Von den Deutschnationalen hatten sich 4 Abgeordnete, darunter Graf Kanitz und Arnstadt, von der Volkspartei 5 Vertreter, darunter die Reichsminister a. D. Dr. Heinze und v. Raumer, sowie der Abg. Dr. Quast als krankurlauben lassen. Von den Kommunisten fehlte Frau Zellin, die zurzeit in Moskau ist, während der anwesende Abg. Düwelle sich an der Abstimmung nicht beteiligte.

Recht interessant war das Verhalten der Unabhängigen, das für das Ergebnis der Abstimmung schließlich den Ausschlag gab. In der Debatte hatten Dittmann und Crispian das Vertrauensvotum aus innerpolitischen Gründen auf das schärfste abgelehnt und angekündigt, daß sie auch keine Stimmenthaltung würden wülden. Als aber die Bayerische Volkspartei Stimmenthaltung proklamiert hatte und so die Situation für das Kabinett Wirth sehr brenzlig wurde, da suchten sie doch einzulenken. Die Verantwortung für den Sturz Wirths wollte angehtich Genua ein Teil der unabhängigen Abgeordneten, als dessen Führer der Abg. Dr. Breitscheid anzusehen ist, nicht mit übernehmen, und so fand man den Ausweg, daß man den Sitzungsstaat während der Abstimmung verließ. Von den fast 50 Abgeordneten der Partei, die anwesend waren, beteiligten sich noch drei Dutzend an der Abstimmung. Durch die 27 „abwesenden“ Unabhängigen ist das Kabinett Wirth gerettet worden.

So kam es denn, daß Dr. Wirth von 421 abgegebenen Stimmen eine — wenn auch knappe — Mehrheit von 220 Stimmen erhielt. Denn an und für sich haben die Parteien, die gegen das Kabinett stimmten, die Mehrheit im Reichstag — wenn eben alle ihre Mitglieder mit abgestimmt hätten.

Die Steuer für 1921.

Unklarheiten bei der Einkommensteuer-Erklärung.

Bezüglich der Einkommensteuer-Erklärung für das Rechnungsjahr 1921 herrscht in manchen Kreisen immer noch Unklarheit darüber, ob hierbei die Einkommensteuer-Novelle vom Dezember her berücksichtigt werden wird oder nicht. Hierzu wird uns von zuständiger Stelle geschrieben:

Das Gesetz zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. Dezember 1921 tritt nach Artikel 2 dieses Gesetzes mit dem 1. Januar 1922 mit der Maßgabe in Kraft, daß die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 noch nach den bisherigen Vorschriften veranlagt, jedoch nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1921 erhoben wird. Daraus ergibt sich, daß bei Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 das Einkommen noch ohne Rücksicht auf die Novelle ermittelt wird. Lediglich als Steuerbetrag werden grundsätzlich nur $\frac{1}{2}$ des Jahressteuerbetrages er-

hoben. Der von den Finanzämtern dem Formular beigelegte, den seitherigen gesetzlichen Vorschriften entsprechende Geheißerl ist der für die Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 maßgebend.

Die durch das Gesetz vom 20. Dezember 1921 an dem Einkommensteuergesetz eingetretene Aenderungen haben erst bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922, die im Anfang des Kalenderjahres 1923 stattfindet, Anwendung zu finden.

Es sind daher auch bei der jetzt beginnenden Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 Versicherungsgesamte nur insoweit abzugsfähig, als sie den Betrag von 6000 M. nicht übersteigen. Auch kann eine Ermäßigung der Einkommensteuer wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse nur bis zu einem Einkommen von nicht mehr als 30 000 M. gewährt werden und die Anrechnung der Kapitalertragsteuer kann nur bis zu einem steuerbaren Einkommen von 24 000 M. nach Maßgabe der seitherigen Vorschriften erfolgen.

Neue Tarifierhöhungen.

Erhöhung der Gütertarife um 20 v. H.

Die Reichseisenbahn erhöht die Güter-, Tier- und Expressttarife, die bereits zum 1. Februar eine Steigerung erfahren haben, zum 1. März wiederum um 20 v. H.

Diese neue Preiserhöhung wird mit den neuen Lohnsteigerungen der Arbeiter und den Teuerungszulagen für die Beamten begründet, die sich auf rund 3 Milliarden belaufen. Da erfahrungsgemäß mit der Erhöhung der Bezüge auch eine Steigerung der Materialpreise eintritt, glaubt die Eisenbahnverwaltung mit einer Ausgabensteigerung von insgesamt 6 Milliarden rechnen zu müssen. Eine weitere Herauschiebung der Maßnahme erklärt sie für nicht möglich, da die Ausgaben zum größten Teil bereits seit dem 1. Januar eingetreten sind.

Die Ersparnismaßnahmen bei der Eisenbahn.

Gleichsam zur Entschuldigung führt die Reichseisenbahnverwaltung aus, daß die Arbeiten der Reichsbahn, die auf eine Valancierung des Haushalts auch durch Verengerung der Ausgaben hinauslaufen, in vollem Gange seien. Im Haushalt für 1922 seien beispielsweise bereits über 50 000 Köpfe weniger vorgesehen, als zurzeit vorhanden sind. Von diesen sollen bis zum 1. April 20 000 Köpfe eingespart werden. Auch Ersparnisse an Material, besonders an Kohle und Schmieröl, sind durch besondere Maßnahmen schon für die nächste Zeit sichergestellt.

Die Eisenbahnverwaltung erkennt selbst an, daß die neuen Tarife eine starke Belastung des Wirtschaftsliebens darstellen, erklärt sie aber, auch abgesehen von der Notwendigkeit einer Valancierung des Eisenbahnbudgets, durch die fortgesetzten Preiserhöhungen für alle Güter für gerechtfertigt. Solange diese Aufwärtsbewegung der Preise anhält, könne sich die Reichsbahn dieser Entwicklung nicht entziehen.

Die Disziplinierung der streikenden Beamten.

Halsbändig wird über die Frage der Disziplinierungen eine Auslassung verbreitet, worin erneut betont wird, daß nur Streikurheber, Saboteure und solche Beamte, die durch Gewalttätigkeiten oder Bedrohung Arbeitswilliger sich vergangen haben, entlassen werden sollen. Die Zahl der Disziplinarfälle wird, sobald Genauer bekannt ist, mitgeteilt werden. Die bisher hierüber in die Presse gebrachten Nachrichten sind falsch. Alle Zahlen sind zu würdigen unter Vergleich mit der Gesamtzahl der Streikenden, die auf mindestens 100 000 geschätzt werden muß.

Das Brot nach sieben Jahren.

Am 15. Februar hat für das Brot der neue Preis von etwa 12 Mark in Kraft. Wir erblicken in diesem Brotpreis das trassette Bild unserer finanziellen und wirtschaftlichen Notlage, und es bleibt uns nichts anderes als die Hoffnung, daß die beispiellos mageren sieben Jahre der Vergangenheit und Gegenwart nun endlich ihren Höhepunkt erreicht haben und sich zu besseren Zeiten neigen werden.

Denn es sind sieben Jahre verlossen, seitdem wir die Zwangswirtschaft für das Brot haben. Als das Kriegsbrot ins Leben trat, bestand die zuversichtliche Erwartung auf einen vollen Sieg. Der Schützengrabenkampf hatte begonnen und schien langwierig zu werden, aber es war nicht schwer, in der Ernährung durchzuhalten, wenn am Ende des Feldzuges der Sieg winkte. Die Jahre vergingen und mit ihnen änderte sich auch das tägliche Brot. Quantität und Qualität wurden geringer, denn der Schleichhandel verkaufte große Mengen für die Herstellung von Kuchen. Ueber das „gestreckte“ Brot wurden mancherlei Klagen laut, aber die Mehrheit des Volkes ah es schweigend. Es mußte doch wieder anders werden.

Nach dem Friedensschluss von Versailles wurde infolge des Bezuges von amerikanischem Brotmehl das Gebäck besser, aber unter den Wirkungen der Friedensbedingungen büßte, wie bekannt, die deutsche Mark rapide an Wert ein. So sah sich die Reichsregierung gezwungen, Milliarden-Zuschüsse zur Brotschaffung zu leisten, um einen noch ungefähr erträglichen Preis aufrecht zu erhalten.

Es hat der Entente gefallen, diese Zuschüsse unter dem Vorwande zu streichen, daß durch sie die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen geschwächt würde. Infolgedessen schnell der Brotpreis erheblich nach oben, und besonders für kinderreiche Familien entstehen bei der Kartoffelknappheit schwere Lasten. Dieses Stück der Entente ist ein Pendant zur Hungerblockade im Kriege, ein trauriger Beweis für Clemenceaus Wort, daß der Friede nur eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei. Teures Brot beeinflusst gebieterisch alle Lebensmittelpreise und Lebensverhältnisse.

Nachdem nun die von der Entente erzwungene Brotpreiserhöhung in Kraft getreten ist, beschloß sich der Reichswirtschaftsrat in seiner letzten Vollversammlung am Donnerstag — nach der er sich auf unbestimmte Zeit vertagte — mit der dadurch geschaffenen Lage.

Der Berichterstatter des wirtschaftspolitischen Ausschusses, Staatssekretär a. D. Dr. August Müller führte aus, daß diese Maßnahme nur unter dem Druck der Entente geschehen sei. Man sei also gezwungen, die von niemand begrüßte Brotpreiserhöhung als Zwangsmasnahme mitzumachen. Fünne den in Betracht kommenden Stellen nur den Rat geben, den Lohn- und Gehaltsempfänger einen entsprechenden Ausgleich durch Erhöhung der Bezüge zu bieten.

Mehrere Arbeitnehmervertreter zeigten die Wirkungen der Preiserhöhung auf den einzelnen Verbraucher, die sich nicht nur direkt sehr beträchtlich bemerkbar machen werden, sondern noch mehr indirekt durch die gleichzeitige Verteuerung der übrigen Bedarfsartikel, die sie zur Folge haben werde. Das bedinge eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 150 M. pro Stunde.

Ein Vertreter der Landwirtschaft erklärte, die Landwirtschaft bedauere diese Entwicklung der Ernährungspolitik am schmerzlichsten. Man habe damals im Interesse der Bevölkerung auch das Umlageverfahren, das eine Sonderbesteuerung der Landwirtschaft darstelle, auf sich genommen. Wenn jetzt aber die Möglichkeit der billigen Brotschaffung für die Bevölkerung fortfalle, dann könnten die Landwirte nicht begreifen, weshalb sie noch die Sonderbelastung tragen sollten. Es werde dahin kommen, daß die Landwirte jede Umlage ablehnen.

Es wurde schließlich einstimmig eine Entscheidung angenommen, die sich in den Gedankengängen des Berichterstatters bewerte.

Die deutsche Landwirtschaft muß es jedenfalls mit aller Entschiedenheit ablehnen, an dieser Verteuerung des Brotes, die am 16. Februar eintritt, irgendwie beteiligt zu sein.

Das ergibt folgender Nachweis:
Zur Verforgung mit Marfweibrot werden gebraucht 4,5 Millionen Tonnen; dazu sind vom Ausland nötig:
2 Mill. T. zu rund 20 M. den M. davon geht ab der
Zuschuß des Reichs in Höhe von 10,6 „ „
verbleibt 9,4 Milliarden M.

Steuern kommen 2,6 Mill. To. Um- lagengebiete zum Preise von 5,5 Milliarden M. Demnach kostet das gesamte Marktbrot 14,0 Milliarden M. durchschnittlich also die Tonne 8311.- M. oder der Zentner 100,50 M.

Die Reichsgetreidestelle verlangt also bei einem Durchschnittspreis von 160,50 M. für den Zentner Roggen und Weizen einen Preis für das 4 Pfund-Brot von 14 M.

Der freie Handel aber ist jetzt noch im- munde, bei einem Durchschnittspreis von 300 M. für Roggen und Weizen das 4 Pfund-Brot zu 13 M. zu liefern. Im wesentlichen sind es also die Maßnahmen der Reichsgetreide- stelle und die Erfüllungspolitik des Reiches, die diese Verteuerung des Brotes herbei- führen.

Das einzige Mittel gegen die drohende Gefahr der wachsenden körperlichen und geistigen Verelendung in Deutschland ist tatkräftige Selbsthilfe.

Hebung der Zuckerrübenzucht. Die große Landwirtschaftswoche in Berlin.

Die große Landwirtschaftswoche, die jetzt in Berlin von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft veranstaltet wird, brachte eine Reihe von interessanten Vorträgen über die verschiedenen Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion.

Hierfür gäbe es verschiedene Möglich- keiten. Zunächst müssen die Reihen weiter gehalten werden, als es in den meisten Wirtschaften üblich ist, denn ein weiter Reihenabstand gestattet selbstverständlich eine bessere Maschinenarbeit als ein enger.

Die Ausführungen Schurigs fanden großen Beifall, so daß zu hoffen ist, daß die interessanten Beobachtungen und Erfah- rungen dieses Landmannes zahlreich in die Tat umgesetzt werden, um Deutschlands Zuckerproduktion einer Blüte entgegenzu- führen, die in der heutigen Zeit ein segens- reiches Ziel der deutschen Landwirtschaft darstellen würde.

Deutscher Reichstag.

Nach dem geistigen „großen Tag“, der die mit Spannung erwartete Entscheidung gebracht hatte, ist heute das Interesse wieder verfliegen, so daß sich der Präsident be- wogen fühlt, bei der Eröffnung der Sitzung die Abgeordneten zu ermahnen, wegen der zahlreichen Abstimmungen, die beim Reichs- mietengesetz vorzunehmen sind, während der ganzen Sitzung anwesend zu bleiben.

Zunächst liegt der Entwurf des deutsch-schweizerischen Schieds- vertrags vor. Den Entwurf führt der neue Reichsminister des Inneren Dr. Rathenau selbst ein, der die Gelegenheit be- nutzt, sich dem Hause in seiner neuen Eigen- schaft vorzustellen. Er nennt den vorlie- genden Vertrag ein gutes Vorbild für eine friedliche deutsche Zukunft.

Der Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Schäding (Dem.) begrüßt als Vorsitzender der deutschen Gruppe der Interparlamen- tarischen Union den Abschluß des Vertra- ges und bespricht dann in längerem, aka- demischen Ausführungen Fragen des inter- nationalen Schiedsgerichtswesens.

Auch die übrigen Redner stimmen dem Grundgedanken des Entwurfs zu. Die Rathenau, steht auch der Sozialdemokrat Dr. Braun-Franklin in ihm den Anfang einer neuen Ära internationaler Zusam- menhänge, und Dr. Breitscheid (U. S.) begrüßt ihn als eine Abkehr von der alten Politik Deutschlands. Der Staatsrechts- lehrer Prof. Dr. Rahl (D. Vp.) spricht gleich- falls seine Genugtuung aus und wendet sich dann gegen die Vorwürfe, die sein Kollege Prof. Schäding gegen die Haltung des alten Deutschland in diesen Fragen erhoben hatte.

Der Vertrag wird schließlich in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der österreichisch-deutsche Vertrag über die gleichmäßige Behandlung der Kriegsbeschä- digten und Hinterbliebenen.

Dann folgen die zahlreichen Abstim- mungen zum Reichsmietengesetz. Nach einer langwierigen Einzelabstim- mung, in der das Gesetz schließlich mit einer ganzen Anzahl Abänderungen angenom- men wird, ist die zweite Lesung beendet.

Die Wohnungsbaubilligung.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes, das die Wohnun- gsbauabgabe von 10 Proz. auf 50 Proz. der Friedensmiete erhöht werden soll. Hierzu fordert ein deutschnationaler Antrag Ablehnung des Entwurfs. Er schlägt eine Entschlieung vor, in der erklärt wird, daß die Förderung des Wohnungsbaues Sache der Länder ist, daß der Reichstag in der allmählichen Aushebung der Zwangs- wirtschaft, verbunden mit Währungsreform zur wesentlichen Verbilligung des Bauens, den einzig sicheren Weg zur dauernden Förde- rung der Neubautätigkeit sieht.

Nach dem Ansichtsbericht des Abg. Jand (Bayer. Vp.) stellt Ministerialdirektor Dr. Ritter fest, daß die Streikfrage die war, ob die gesamten Mittel zum Bau der neuen Wohnungen von den Mietern er- hoben werden sollten, oder ob ein Teil durch Anteile beschafft werden sollte. Jetzt solle ein Mittelweg beschritten werden.

Abg. Buzille (Dnat.) bekämpft die Vorlage, die er einen verhängnisvollen Irrweg nennt. Die erste Ursache der Woh- nungsnot war der Krieg, die zweite die Rückkehr der vielen Soldaten, für die nicht mehr genug Wohnungen vorhanden waren. Die schematische Durchführung des Acht- stundentages und die vielen Streiks kamen dazu. Durch die Zwangswirtschaft im Wohnungsweisen ist die Bautätigkeit völlig stillgelegt worden. Die letzte Ursache der Wohnungsnot ist der Versailles Vertrag und die aus ihm herrührende Geldentwer- tung.

Der Sozialdemokrat Silberbach ist dagegen für Beibehaltung der Zwangswirt- schaft im Wohnungsweisen. Die Errichtung der Wohnungen, die notwendig seien, ver- ursachen bereits jetzt so viel Kosten, daß die Vorlage bereits zu spät komme.

Abg. Tremmel (Str.) tritt für den Ent- wurf ein. Der Unabhängige Ruhn führt die ganze Wohnungsnot auf die kapital- istische Wirtschaft zurück. Das vorliegende Gesetz bezeichnet er als Söldnerwerk.

Der Kommunist Heidemann lehnt das Gesetz ab, Abg. Jand (Bayer. Vp.) hat schwere Bedenken gegen die Vorlage.

Nachdem auch der „Levit“ Teuber das Gesetz ablehnt hat, verlegt man sich auf Sonnabend.

Preussischer Landtag.

Nach Schlußworten des Ministers Dr. Röstler und des Abg. Gothein (Dem.), die die Schlußfolgerungen aus der Debatte ziehen, verlegt man sich auf Dienstag.

Abg. Heile (Dem.) begründet dann eine Interpellation über Paberlichterungen im Verkehr mit Deutsch-Oesterreich. Er weist darauf hin, daß durch bürokratische Maß- nahmen der Verkehr mit dem deutschen Bruderlande unnötig erschwert werde.

Reichsminister des Inneren Dr. Röstler sagt Erleichterungen zu. Alle Redner des Hauses sind sich in dieser Frage mit dem Antragsteller einig, die Redner der Unab- hängigen und Kommunisten wollen Beseiti- gung des Pabzwanges auch für die anderen Länder, besonders im Verkehr mit Sowjet- rußland.

Nach Schlußworten des Ministers Dr. Röstler und des Abg. Gothein (Dem.), die die Schlußfolgerungen aus der Debatte ziehen, verlegt man sich auf Dienstag.

Zunächst stehen nur kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung, die reich erledigt

werden. Der Vereinigung Pymonts mit Preußen wird in 3. Lesung zugestimmt, desgleichen wird der Entwurf genehmigt, wonach einem ausgeschlossenen Abgeord- neten die Diäten entzogen werden können. Der Entwurf über die Verstar- kung der Polizeiverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird, nachdem sich die Unabhängigen und Kom- munisten heftig dagegen gewandt haben, alle anderen Redner aber für ihn einge- treten sind, dem Hauptausschuß überwiesen.

An den Rechtsausschuß geht nach kur- zer Debatte der Entwurf auf Erhöhung der Geldstrafen aus polizeilichen Strafverfügungen, nach dem der zehnfache Betrag eingeleitet werden soll, desgleichen ein kommunistischer Antrag, wonach die Geldstrafen nach dem Einkommen, dem Vermögen und der Familienstärke geschätzt werden sollen.

Der Entwurf über die Neuwahl der Bezirksausschüsse in Breslau und Liegnitz — die Ausschüsse sind noch nicht neu gewählt, weil der gemeinsame Provinzialausschuß noch nicht neugebildet worden ist, da in Oberschlesien keine Neuwahlen vorgenom- men worden sind — wird mit einer Ände- rung in zweiter Lesung angenommen, vor der dritten Lesung aber an den Gemeinde- ausschuß zurückverwiesen.

Es werden dann eine Reihe kleinerer Vorlagen ohne oder nach nur kurzer De- batte angenommen, darunter die Ände- rung des Staatsschuldenverwaltungsge- setzes, ferner die Vorlage über die Einfüh- rung der Verhältniswahl bei der Auswahl von Schöffen und Geschwore- nen, die Vorlage über die Bildung von Ge- samtverbänden in der evangelisch- lutherischen Kirche der Provinz Hannover.

In 3. Beratung wird der Entwurf über die Verbesserung der Dienstverhältnisse der katholischen Pfarrer angenommen, nachdem sich Unabhängige und Kommunisten in maßlosen Angriffen gegen die Geistlichkeit ergangen hatten, die von sämtlichen bürger- lichen Rednern zurückgewiesen wurden. Die Sozialdemokraten stimmten für den Ent- wurf.

Bei der Abstimmung über den Entwurf zur Abänderung der Anwendung über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften stellt sich schließlich die Beschäftigungsfähigkeit des Hau- ses heraus, das sich infolgedessen auf Frei- tag verlegt.

Eisenbahnerstreik und Berliner Verkehrs- streik.

Ist das Thema der heutigen Debatte. Zu diesem Punkt liegen mehrere Anträge vor, die gemeinsam beraten werden, nachdem man zuvor unter Beendigung der gestern unterbrochenen Abstimmungen den Ab- änderungsentwurf zur Anordnung über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankstätten angenommen hat.

Zunächst begründet Abg. Meyer-Ber- lin (U. S.) einen Antrag auf Außerkräft- setzung der Verfügung des Berliner Poli- zeipräsidenten vom 1. Februar 1922 und Einleitung eines Verfahrens gegen diesen wegen grober Ueberschreitung seiner Amts- befugnisse. Er bezeichnet den Erlaß des Reichspräsidenten gegen den Streik als verfassungswidrig, die Staatsregierung müsse darauf hinwirken, daß alles geschieht, die Maßregelungen gegen die Beamten rückgängig zu machen.

Der Kommunist Knoch geht noch stärker ins Zeug. Er beantragt Zurücknahme aller Maßregelungen und stellt Anträge gegen die Technische Nothilfe und verlangt, daß Groener zum Teufel gejagt werde.

Der Sozialdemokrat Krüger-Potsdam wird gleich bei seinem Auftreten von lär- menden Zurufen der Kommunisten emp- fangen. Er wendet sich gegen die Anträge der Kommunisten und Unabhängigen. Prinzipiell billigt er auch den Beamten, mit Ausnahme der Polizeibeamten, das Streikrecht zu, doch sei es beschränkter als das der freien Arbeiter. Bei dem Streik- recht der Arbeiter macht er keinen Unter- schied zwischen lebenswichtigen und anderen Betrieben. Den Eisenbahnerstreik und den Berliner Streik verurteilt er; der Einsatz der technischen Nothilfe war berechtigt.

Abg. Blank (Str.) erklärt die Verord- nung des Reichspräsidenten für ver- fassungsmäßig zulässig. Das Streikrecht der Beamten lehnt er ab. Koalitionsrecht bedeute noch nicht Streikrecht. Redner for- dert Aufhebung der unzureichenden Ge- hälter der unteren Beamten und erklärt, daß die Technische Nothilfe Dank und Unter- stützung verdiene.

Nach einem scharfen Angriff des deutich- nationalen Abg. Beder gegen den preußi- schen Innenminister, der die Schuld daran trage, daß die Schupo während des Streiks vielfach verlegt habe, und nach einer ebenso scharfen Erwiderung des Ministers Seve- ring, der für die Polizeibeamten das Streikrecht unbedingt ablehnt, verlegt man sich auf Sonnabend.

Die gestern begonnene Streikdebatte setzt Abg. v. Eynern (D. Vp.) fort. Er be- zeichnet die Verordnung des Reichspräsi- denten als zweifellos rechtmäßig. Ein Disziplinarverfahren gegen streikende Be- amte entspreche völlig der Rechtslage. Das in der Verfassung gewährleistete Koali- tionsrecht sei kein Streikrecht. Er verlangt, daß die Technische Nothilfe so bewertet wird, wie sie es nach ihrem schwierigen Wirken verdient. Der Demokrat Nibel polemisiert gegen das Verhalten der Unabhängigen und

spricht voller Anerkennung von dem Ein- greifen der Spitzenorganisationen. Er er- kennt die Notlage der Beamten an, ist aber gegen den Beamtenstreik. Zum Schluß ge- rät er mit der Rechten hart aufeinander.

Der Kommunist Dr. Meyer-Ditpreußen und der Unabhängige Rabold fordern das unbedingte Streikrecht der Beamten, auch der Polizeibeamten. Die Schuld am Streik trage das Verhalten der Regierung.

Ihnen entgegnet der Minister des Inneren Severing, der das Verhalten der Unabhängigen und Kommunisten während des Streiks anreißt. Er beklagt, daß in den Gewerkschaften nicht mehr die alte Disziplin herrsche wie früher; jetzt habe der, der den Mund am weitesten aufmache, die größte Autorität. Solange die alte Ge- werkschaftsdisziplin nicht wiederhergestellt sei, sei die Technische Nothilfe notwendig. Die Regierung sei den Streikenden gegen- über sehr tolerant gewesen, aber alles konnte sie sich nicht bieten lassen. In Sow- jetrußland würde man mit den Streikenden ganz anders umspringen.

Es beginnt dann die zweite Redner- reihe, von jeder Partei spricht noch ein Redner, von denen aber keiner wesentliche neue Gedanken in die Debatte bringt.

Mau verlegt sich schließlich auf Mon- tag.

Deutsches Reich.

Unterstützung der notleidenden Kleinrentner. Die Preussische Staatsregierung hat bekanntlich für das Halbjahr Oktober 21 bis März 22 zur Unterstützung notleiden- der Kleinrentner den Betrag von 61,8 Mil- lionen zur Verfügung gestellt, nachdem das Reich für diese Hilfsmassnahmen 100 Millionen bewilligt hatte. Vorläufig soll den notleidenden Kleinrentnern eine ein- malige Beihilfe bis höchstens 1500 M. in den Driftklassen A und B und bis 1200 M. in den übrigen Orten gezahlt werden, und zwar durch Barzahlung an den einzelnen Kleinrentner. Indessen sind auch Sach- leistungen, z. B. Lieferungen von Brenn- stoffen oder Lebensmitteln oder sonstige Vergünstigungen zulässig. Bei dem Unter- stützungsverfahren sind tunlichst Personen aus den Kreisen der Kleinrentner hinzuzu- ziehen, auch sind Vertreter der kirchlichen und humanitären Wohlfahrtsvereine mög- lichst stark zu beteiligen. Der Reichsaus- schuß für 1922 wird voraussichtlich für den gleichen Zweck 200 Millionen bereitstellen.

Die Einführung eines technischen Dienstjahres zur Verhütung von Erschei- nungen, wie sie sich im Eisenbahnerstreik in so leidiger Weise gezeigt haben, soll dem- nächst im Reichstage praktisch angeregt werden. Ob gerade ein besonderes techni- sches Ausbildungsjahr notwendig ist und derselbe Zweck nicht durch Heranziehung der jeweilig vorhandenen technisch ausgebilde- ten Deutschen erreicht werden kann, müßte natürlich vorher geprüft werden. Daß es viele junge Leute gibt, denen eine solche Ausbildung sehr gut tun würde, ist jeden- falls außer Frage.

Der Ausschluß Sepp Derters. In einer von mehreren tausend Mitgliedern besuchten Versammlung des Ortsvereins Braunshweig der U. S. P. D. wurde nach einem Vortrage des Reichstagsabge- ordneten Vogtherr einstimmig der Partei beschloffen.

Berringerung der amerikanischen Besatzungstruppen. Aus Washington wird gemeldet, daß das amerikanische Kriegs- ministerium schon in den nächsten Tagen eine neue Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein vornehmen wird. Diese Herabsetzung wird 203 Offi- ziere und 3000 Mann umfassen, so daß nur noch 103 amerikanische Offiziere und 2217 amerikanische Soldaten am Rhein bleiben.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichs- tages ist für Diensttag einberufen worden.

Der Reichsrat verlängerte das Gesetz gegen die Kapitalflucht bis zum 31. März 1923.

Die schwebende Schuld des Reiches hat sich in der Zeit vom 1. bis 10. Februar weiter um 3,4 Milliarden erhöh- t.

Das Zollaufgebot, das bisher 3000 Prozent betrug, wird mit Wirkung vom 1. März d. J. ab bis auf weiteres auf 4400 Prozent erhöht.

Anlässlich des Besuchs der Leipziger Messe, der voraussichtlich am 7. März statt- findet, wird der bayerische Ministerpräsi- dent Graf Cernig auch mit Mini- sterpräsident Buch in Dresden eine Ver- sprachung haben.

Die Volschasterkonferenz hat sich unter dem Vorsitz von Jules Cambon mit verschiedenen Fragen zur Durchführung der Friedensverträge beschäftigt.

In Rakkita ist der deutsche Kon- sul Baron Müd von Colenberg eingetrof- fen. Vor einiger Zeit sind auch wieder deutsche Waren in Indien angekommen, aber nicht in der erwarteten Menge.

Ausland.

Frankreich. Deutsche Wiederaufbauarbeit in Nord- frankreich. Ein Mitarbeiter des „Deure“ hat in den zerstörtesten Gebieten die Gegen- von Cheantannaz und Romanis besucht, wo verschiedene deutsche Häuser für die Be- wohner errichtet worden sind. Er be- schreibt diese Bauten, die etwa 25 000 Fran- ken gekostet haben, als recht komfortabel.

obgleich sie von Holz statt von Stein wären, was von den Einwohnern kritisiert würde.

Die Reparationskommission muß handeln. Reuter bestätigt, daß England mit gewissen Vorbehalten dem französischen Vorschlag zugestimmt hat.

Italien. Bonomi gestürzt. Nachdem es eine Weile so schien, als ob die italienische Ministerkrise alsbald beigelegt werden könnte, ist sie jetzt erst recht akut geworden.

England. Neue ernste Unruhen in Indien. Nach den letzten Meldungen aus Bombay sind in Indien neue schwere Unruhen ausgebrochen.

Die Sachverständigenkonferenz in London zur Vorberatung gewisser technischer Fragen der Konferenz in Genua, zu der England auf Grund der Beschlüsse von Cannes eingeladen hat, wird wahrscheinlich in 8 bis 10 Tagen beginnen.

Der neuernannte deutsche Botschafter Freiherr von Neurath hat dem italienischen König sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Die Bank von England hat den Diskont von 5 auf 4 1/2 v. H. herabgesetzt.

Die Sowjetvertreter für Oesterreich überreichte in Wien die Ratifikationsurkunden des österreichisch-russisch-ukrainischen Vertrages.

Die Finanzkommission der französischen Kammer hat sich aus Gründen der nationalen Sparpolitik einstimmig für die Beibehaltung der Sommerzeit ausgesprochen.

In Paris geht das Gerücht, daß Poincaré demnächst anstatt des Außenministeriums das Finanzministerium übernehmen will.

Das englische Unterhaus hat das Abkommen über den Freistaat Irland in zweiter Lesung mit 208 gegen 60 Stimmen angenommen.

Die alliierten Oberkommissare wiesen die türkische Forderung auf Teilnahme an der Genueser Konferenz zurück.

Die neuen deutschen Konsularbehörden in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Generalkonsulate New York, Chicago, San Francisco und die Konsulate St. Louis und New Orleans sind im Laufe des Monats Januar eröffnet worden.

Der rheinische Hochverräter Smect hat gegen das Urteil des Kölner Gerichts Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Sowohl von französischer wie von russischer Seite sucht man das geplante französisch-russische Abkommen zu dementieren, doch in einer Form, die nicht überzeugend zu wirken vermag.

1790.

Zu wissen sei hiermit, daß zwischen der katholischen Gemeinde allhier zu Nastätten und dem Glockengießer Herrn Rinker von Löwen im Braunsfeldischen nachstehender Aktord abgehandelt und beschlossen worden.

von der bereits 1654 gegossenen großen Glocke allhier vorräthig in 36 bis 40 Pfund bestehende Erz, das nötige Holz, Hans u. s. w. und von der katholischen Gemeinde das zersprungene kleinste Glöckchen aus dem Kirchturm nebst dem weiter noch erforderlichen Metall und dem Fusage a 10 Pfund per Zentner, wovon jedoch Herr Rinker das nach dem Guß übrigbleibende zu dem Preise von 26 Kreuzer per Pfund an und zurücknehmen muß.

Uebrigens verspricht derselbe, fünf Jahre lang wegen dem Verspringen und allen sonstigen Fehlern unter Verschönerung seines Vermögens zu haften.

Dagegen wird Herrn Rinker für diese Glocke zu gießen 60 Gulden Frankfurter Währung, sobald selbige in den Turm gebracht und gut befunden sein wird, zu bezahlen versprochen.

Urkundlich ist dieser Aktord in Duplo ausgefertigt und von jedem Teile ein Exemplar zu haben genommen worden.

So geschehen Nastätten am 21. Mai 1790.

Wilhelm Rinker, Glockengießer im Namen meines Vaters Philipp Rinker.

Also haben auch damals schon Zivilgemeinde und katholische Kirchengemeinde einträchtig zusammengewirkt, der Staat aber nichts zu den Glocken geleistet.

Heimatliches.

Nastätten, 20. Februar 1922.

Theaterabend. Der am gestrigen Sonntag in der hiesigen Turnhalle vom Kath. Jungfrauenverein abgehaltene Theaterabend war sehr stark besucht.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

Die vier Jahreszeiten. Der Frühling des Kalenders beginnt, wenn die Sonne aus dem Zeichen der Fische in das Zeichen des Widders übertritt.

die einige Bienenzüchter zu diesem Punkte gaben; erwähnt sei nur, daß der Herr Direktor die gesetzlichen Bestimmungen über Chausseebäume bekannt gab und erläuterte und daß die Bestimmungen den beruhigenden Eindruck machten, daß sie eine weitgehende Berücksichtigung der Bienenzucht zulassen.

An unsere Berichterstatter! Die Mitteilung, daß Verichte als Drucksache in offenem Briefumschlag und mit der Aufschrift „Zeitungsartikel“ für 50 Pfg. versandt werden dürfen, trifft nicht zu.

Bogel, 20. Febr. Unser seitheriger Bürgermeister, Herr Karl Göller, hat aus Gesundheitsrücksichten nach 16jährigem wirkungsvollem Dienste sein Amt als Bürgermeister und Ortsbürgermeister niedergelegt.

Bogel, 20. Febr. Die Generalversammlung der Kreisbauernschaft St. Goarshausen findet am Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 1 Uhr, dahier im Gasthaus Weidenmüller statt, zu welcher der Vorstand um zahlreiche Beteiligung bittet.

Braubach, 20. Febr. Am „Dachkopf“ besitzt die Stadt größere Waldstücke. Ein 2 Hektar großer, abgetriebener, mit Fichten ehemals bestandener Teil derselben sollte als Ackerland verpachtet werden.

Frankfurt, 19. Febr. Ueber einen Konflikt in der Metallindustrie erfahren wir, daß in Frankfurt a. M. noch einmal neue Verhandlungen eingeleitet worden sind.

spd. Vilbel, 19. Febr. Ein Viehhändler verlor eine Brieftasche mit 12000 Mark Inhalt. Ein hiesiger Wirt war der glückliche Finder, händigte dem Verlierer das Geld aus und erhielt als Finderlohn vom dem „grohmütigen“ Händler bare 10 Mark angeboten.

spd. Aus dem Westerwald, 19. Febr. Im Basaltwert zu Linz verunglückte durch einen Sprengschuß in lebensgefährlicher Weise der Schichtmeister Benner aus Bidingen und der Arbeiter Schmidt aus Alpenrod.

Vermischtes.

Eine Millionenpende des neuen Papstes. Papst Pius hat dem Kardinal Vertram 20000 Lire, das sind 1,8 Millionen Mark, übergeben, die für Wohltätigkeitszwecke in Deutschland verteilt werden sollen.

Württembergisches Porzellangeld. Die Stadt Stuttgart hat in Verbindung mit Ludwigsburg künstlerisches Porzellangeld herausgegeben. Die erste Serie, 5000 Stück mit 5-Mark-Wert, zeigt das alte Schloß in Stuttgart, ist in Eisenblech gehalten und mit goldenem Rand umgeben.

Festnahme einer gefährlichen Eisenbahnüberbrände. Der Ueberwachungsstelle der Braunschweig-Magdeburger Eisenbahn direktion gelang es, in Ringelheim eine gefährliche Eisenbahnüberbrände aufzuheben. Beteiligt waren drei Eisenbahnbeamte und acht Arbeiter, von denen vier Verurteilung erlitten. Ein erhebliches Warenlager gestohlener Güter wurde beschlagnahmt. Die Bande hat monatelang die Eisenbahnzüge der Strecke Magdeburg-Braunschweig beraubt.

Eine Autographensammlung Rothschilds. Die Pariser Nationalbibliothek hat ein wertvolles Geschenk erhalten. Davon Edmond de Rothschild stiftete diesem Institut eine Autographensammlung, in der die größten Namen der französischen Geschichte mit Briefen vertreten sind.

Russlands Kirchenschätze als Opfer für die Hungernden. Vom Präsidium des Allrussischen Volkswirtschaftsrates wurde der Volkskommissar für Industriewesen beauftragt, einen Gesetzentwurf über die Abgabe der Kirchenschätze an das Hilfswerk für die

Hungernden vorzubereiten. Die Hauptversammlung der Geistlichen von Rischin-Nowgorod hat bereits beschlossen, alle wertvollen Gegenstände der Kirchen und Klöster des Bistums dem Hilfswerk auszuhandeln.

Die vom Verteidiger Landrus einbrachte Revision ist verworfen worden. Das Schicksal Landrus hängt jetzt davon ab, ob Millerand von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch macht oder nicht.

Der Seebärdampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Adler“ ist mit 200 Tonnen Kohlen nach Westerland abgegangen, um den in größter Not befindlichen Bewohnern etwas Brennmaterial zuzuführen.

Der Remeler Hafen mußte wegen Packeis geschlossen werden.

Mode und Politik. Jedesmal, wenn im Monat Februar in Berlin die deutschen Landwirte ihre von Tausenden besuchten Jahresversammlungen abhalten, veranstalten die großen Berliner Kaufhäuser und Modengeschäfte für dies geschäftige, kulturfähige Publikum eine eigene Modeausstellung. Daß dabei auch mancherlei gekauft wird, ist natürlich. Aber im allgemeinen ist zwischen dem Geschmack in der selben Provinz und den Extravaganzen des Berliner Alphalts doch ein solcher Abstand, daß die Landwirtsfrauen mehr ihren heimischen Modelfirsterinnen vertrauen, als den Berliner Schöpfern des Allerneuesten im Reiche der Damenmode.

Postamt 2. Angesichts des bevorstehenden originellen Poststempels „22. 2. 22“ sei darauf hingewiesen, daß es auch in zahlreichen Mittel- und Kleinstädten ein Postamt 2 gibt, auf dessen Nummer vom Publikum wenig geachtet wird. Durch Aufgabe von Poststempeln an dieser Stelle kann der Stempel noch um weitere gleiche Ziffern vermehrt werden.

Die Finanzämter geben bekannt, daß alle Einkommensteuerpflichtigen mit einem Jahresbezug von über 24000 M. in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März ihre Deklaration für das Steuerjahr 1921 abzugeben haben. Allerdings fehlt es vielfach noch an Formularen für diese Steuererklärung, so daß die Steuerpflichtigen sich mit der Ausfertigung der Deklaration noch etwas gedulden müssen. Eventuell wird dann die Abgabefrist etwas verlängert werden müssen.

Gerichtliches.

Berurteilung eines Radumklebers. Der Radumkleber Julius Rachensteiner, ein 31jähriger Maler aus Remplin bei Potsdam, der der Witwe eines Münchener Arztes für 600000 M. wieder beigebrachtes Radium abgeschwindelt hatte, ist vom Landgericht München zu vier Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Seine Helfershelfer, ein Bäcker und ein Hilfsarbeiter, die sich als Kaufleute ausgegeben hatten, erhielten 1 1/2 Jahre bzw. drei Monate Gefängnis. Rachensteiner, den die Betrogene zufällig im Eisenbahnhof bei Donaumörth traf und ihn verfolgen ließ, hat auf einen ihn verfolgenden Gendarmen geschossen. Der Verurteilte kommt daher noch wegen Totschlags vor das Volksgericht.

Ein ungetreuer Postbeamter. Der Oberpostsekretär Christian D., der sich während seines Dienstes auf der Strecke Frankfurt-Köln der Verabredung der Bahnpost schuldig gemacht hatte — er hat etwa 200000 Mark veruntreut — wurde zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein polnischer Mörder zum Tode verurteilt. Der polnische Schlächter Graicar wurde in Halle vom Schwurgericht zum Tode verurteilt. Graicar hatte im Juli vorigen Jahres gmeinciam mit einem anderen noch flüchtigen Polen auf offener Landstraße den Kontoristen Lude vom Rade geschossen, um die Lohngelder, die Lude zu seinem Werke bringen sollte, zu rauben. Durch das Erschienen von Leuten konnte der Raub verhindert werden, doch war Lude bereits tot.

Handel und Verkehr.

Gegen die geplante Gütertarif-Erhöhung. Die Handelskammer Mainz hat sich mit einem Rundschreiben des Reichsverkehrsministers befaßt, der eine abermalige Steigerung der Gütertarife um 20 Prozent ab 1. März ankündigt, und hat zum Ausdruck gebracht, daß die Steigerung zu einer völligen Lahmlegung des Wirtschaftslebens führen wird.

Einschränkung der Zigarettenherstellung. Die Zigarettenindustrie steht vor einer schweren Krise. Sowohl die Dresdener als auch die Berliner Fabriken haben eine Streckung der Arbeitszeit vorgenommen. Man rechnet sogar mit der völligen Stilllegung einiger Betriebe in den nächsten Tagen. Nur diejenigen Fabriken, die Exportaufträge zu erledigen haben, können noch einen normalen Geschäftsgang aufrechterhalten. Die Einschränkung der Betriebe ist eine unumgängliche Folge der neuen übermäßig hohen Zigarettensteuer.

Argentinische Schiffbestellungen in Deutschland. Die argentinische Regierung hat beschlossen, von Deutschland zehn Schiffe von je 5000 Tonnen und acht weitere Schiffe von je 1850 Tonnen anzufaufen. Sie sollen als Hilfsschiffe für die Marine Verwendung finden.

Aus aller Welt.

Christian de Wet. Von dem Märtyrer verstorbenen „Schwarzen Christian“ wird aus von einem Mitarbeiter geschrieben...

ausgegangen. Ponts Notha hatte Frieden mit den Engländern gemacht. Er befehligte im Weltkrieg die britischen Truppen gegen die deutschen Kolonien in Ostafrika...

der in letzter Zeit einen sehr großen Einfluß auf die Massen gewonnen hat und gegen die Anwendung jeder Gewalt predigt...

Kiautschou. Unser ostasiatisches Schutzgebiet Kiautschou, dessen Hafenstadt Tsingtau ein Stützpunkt für die ganze ostasiatische Küste zu werden versprochen...



Wir haben genug Kühe - seitdem wir eine LANZ haben, machen wir viel mehr Butter! LANZ-ZENTRIFUGEN in allen Größen vorrätig bei KARL MICHEL, Installationsgeschäft, BOGEL.

Hundesteuerordnung für die Stadt Nastätten.

Auf Grund der §§ 16, 18, 63, 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893/25. April 1921 und des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 2. November 1921 wird nachstehende Hundesteuerordnung für den Bezirk der Stadtgemeinde Nastätten erlassen:

- § 1. Zu der auf Grund der Ordnung betreffend die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk des Kreises St. Goarshausen vom 20. Oktober 1916/6. Juni 1921 zur Veranlagung gelangenden Steuer erhebt die Stadt Nastätten für die in ihrem Bezirk gehaltenen Hunde einen Zuschlag als Gemeindesteuer. § 2. Die Höhe des Zuschlags, ausgedrückt in Hundertteilen, wird für jedes Rechnungsjahr durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften festgesetzt und ordentlich bekannt gemacht. § 3. Befreiungen von der Kreis Hundesteuer oder Ermäßigungen derselben ohne weiteres Befreiung von der städtischen Hundesteuer oder entsprechende Ermäßigungen derselben zur Folge. § 4. Die Steuer und die nach § 7 der Steuerordnung des Kreises festgesetzten Strafen unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren. § 5. Im Falle der Aufhebung der Kreis Hundesteuerordnung vom 20. Oktober 1916/6. Juni 1921, einer Abänderung der Bestimmungen und Sätze derselben bleiben den Bestimmungen der Kreis Hundesteuerordnung vom 20. Oktober 1916/6. Juni 1921 für die städtische Hundesteuer bis auf weiteres in Kraft. § 6. Diese Steuerordnung tritt mit dem 1. April 1922 in Kraft, von diesem Zeitpunkt ab ist die Ordnung betreffend die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk der Stadt Nastätten vom 23. Oktober 1894 mit Nachträgen vom 2. Mai 1902 und 1. Februar 1907 aufgehoben.

Nastätten, den 18. November 1921. Der Magistrat: gez. Wasserloos. B. A. 1409/21 III. Aug. Genehmigt: Wiesbaden, den 9. Februar 1922. Namens des Bezirksausschusses: Der Vorsitzende: J. V. gez. Unterschrift. Wird veröffentlicht: Nastätten, den 13. Februar 1922. Der Magistrat: Wasserloos.

Statt Karten! Eduard Rechen, Elisabeth Rechen geb. Keienburg, Vermählte. Nastätten, 21. Februar 1922.

Statt Karte! Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen an. Pfarrer Sauer und Frau Liesel geb. Schilp. Holzhausen a. d. Haide, den 17. Februar 1922.

Feinstes Weizen- und Roggenmehl verkauft zum Tagespreise Heinrich Ludwig, Sähuemühle.

Arbeiter und Arbeiterinnen

Es können noch eine Anzahl im Alter von 14 bis 16 Jahren als Lehrlinge in unsere Fabrik eingestellt werden.

Kampf & Spindler Seidenstoff-Fabrik Nastätten.

Mädchen

Zuverlässiges zum 1. März 1922 gesucht. Antisepothek Nastätten.

Mann

Kräftiger junger für Landwirtschaft gesucht. Näheres bei Karl Michel, Installateur Bogel, Fernruf 16.

Dachdecker-Lehrling

Beaver Junge als jetzt oder später gesucht. Christian Werner, Nastätten.

Stiel-, Staub- und Frisierkäme

- Kern- und Toilette-Seife Zahn-, Hand- und Kopf-Bürsten Brillantine und Haar-Oele Haut- und Zahn-Creme Parfüm und sonst. Toiletteartikel Hauben- und Stirn-Netze (einfach und doppelt) empfiehlt Damen- und Herrenfrisiergeschäft Bernhardt Adolfsplatz 1 - Adolfsplatz 1

Die Neueste Deutsche Mode für Frühjahr und Sommer 1922 erhältlich Müllersche Buchhandlung Nastätten: Bahnhofstraße.

Didwurz = Samen

Riesen = Walzen

Gärtnererei E. Wölfert

Besatz-Artikel Nähgarn Näh- und Stickseide Stickgarn Hand-Arbeiten Spitzen und Knöpfe in reicher Auswahl bei Marie Haxel Wwe., Nastätten.

Holzversteigerung.

Montag, den 27. Februar 1922, kommen in den fürstlichen Distrikten Kirchwald, Maushed, Liebereich, Klausermühlberg und Begehthal zur öffentlichen meistbietenden Versteigerung: Eichen: 21 Raummeter Knüppel, 2300 Wellen; Buchen: 180 Raummeter Scheit und Knüppel, 6700 Wellen; Kirschbaume: 1 Stamm mit 0,65 Festmeter. - Anfang 10 Uhr im Distrikt Kirchwald oberhalb Kloster Gronau.

Runkel (Bahn), den 17. Februar 1922. Fürstlich Wiedische Rentei.

Kirsch-, Nuß-, Birn-, Apfelbaum- und dergleichen Laub-Hölzer kauft dauernd zum höchsten Tagespreise Karl Hofmann, Nastätten. Dasselbst ist auch auf Dfenlänge geschnittenes buchen Scheitholz per Zentner zu 40.- Mark zu haben.

Metalle, Alteisen und Guss verkaufen, fragen Sie bei uns an, wir können heute wieder hohe Preise zahlen. Karl & Theodor Wagner.

Möbel-Geschäft habe wieder größere Sendungen bestehend aus: kompletten eichen, nußbaum und tannen Schlafzimmer-Einrichtungen, Schlafzimmer, kompletten Küchen, sowie Sofas, Kleider- und Nachtschränken, Waschtischen, Vertikows etc. etc. bekommen und empfehle sehr preiswert. W. Gill. Die beste und betriebssicherste Milchzentrifuge der Welt ist „Standard“ neuestes Patent, Trommel ganz zerlegbar, Getriebe, Trommel, Trichter und Milchgefäße vollständig aus Messing, innen verzinkt, außen mit Hochglanz vernickelt in allen Größen am Lager, ebenso die weltberühmten „Lanz“-Zentrifugen. Fahrrad- und Maschinenhaus Telefon 77 J. Dethert, Nastätten Oberstraße 6

Größere Partie Wagen-Achsen in guter sauberer Ausführung eingetroffen und geben solche noch zu günstigen Preisen ab Karl & Theod. Wagner.

Flechte

Meine Frau war über 50 Jahre mit einer böhlichen behaftet. Rein gesundes Flechten hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizin-Salbe wurden die Flechten in 8 Wochen beseitigt. Diese Salbe ist Tausende wert. E. D. Dazu Zuckooch-Creme (nicht fettend und selbsthaltig). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Striden

empfehlen sich Witwe Karl Schner, Nastätten, Hotel „Zur Krone“.

Wurstkordel

in bester Qualität empfiehlt Müllersche Buchdruckerei Nastätten: Bahnhofstraße.

Gegen Haarausfall u. Schuppen

empfehle la. Kopfwässer und prima Haaröle zu soliden Preisen. Damen- und Herrenfrisiergeschäft Albert Spriestersbach Nastätten (a. d. ev. Kirche).

Emser Husten-Stiller

frisch eingetroffen. Cafe Hagel, Nastätten (Nähe Bahnhof).

Bügel-Sägen Spann-Sägen Säge-feilen

Neu in allen Größen neu eingetroffen E. Knoche, Nastätten (gegenüber Kaufhaus Schend).

Bartereme Bartbinden Bartwasser Bartkämme Bartklammern

empfehlen Friseurgeschäft Anton Kern Nastätten: Hauptstraße. Stofos-Kuchen Del-Kuchen, Kleie empfiehlt W. Gill, Nastätten.